Mieter wurde rausgemauert

Grazer Mieter konnte es nicht fassen: Als er von der Arbeit nach Hause kam, war die Wohnungstür zugemauert.

Das war selbst für den Grazer Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger eine Premiere. Als ein Mieter in der Kalvarienbergstraße 67 nach der Arbeit in seine Wohnung wollte, fand er anstatt seiner Wohnungstür eine zugemauerte und fein säuberlich verputze Wand. Die Tür ließ nämlich der Vermieter während seiner beruflichen Abwesenheit zumauern.

Um überhaupt in die Wohnung zu gelangen, musste der Mieter eine verriegelte Holztür am Gang, hinter der eigentlich seine Dusche eingebaut war, entfernen und stand gleich vor der nächsten "unerfreulichen" Überraschung: Auch in seiner Wohnung waren Umbauarbeiten durchgeführt worden. "Das lasse ich mir nicht gefallen", zeigt sich der betroffene Mieter Alexander Wanz von der kämpferischen Seite. Deshalb wurde von Wanz auch umgehend ein Anwalt in dieser Sache eingeschaltet. Entweder man bezahle ihm die Schäden in der Wohnung oder der Originalzustand werde wieder hergestellt. Der Mieter lebt bereits seit 20 Jahren in der Wohnung und hat einen unbefristen Mietvertrag.

Rasche Hilfe bot KPÖ-Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger. "Noch innerhalb einer 30-Tage-Frist muss eine Besitzstörungsklage eingereicht werden". betonte Kaltenegger, der auch eine Hilfestellung beim Verfahren anbot. Und die Betriebskostenabrechnung, die dem Mieter in den letzten Tagen ins Haus flatterte, werde man, so Kaltenegger, durch den Mieterschutzverband genau prüfen lassen.



Stadtrat Ernst Kaltenegger (r.) und Mieter Alexander Wanz vor der zugemauerten Wohnungstür.



Von Elke Kahr

mmer mehr Familien geraten in finanzielle Bedrängnis. Das ist kein unabwendbares Schicksal, sondern das Ergebnis einer ganz konkreten Politikvon EU, Bund und Land.

Die Stadt Graz bildet dabei keine Ausnahme. Denn auch hier werden die Finanzprobleme der Stadt vermehrt auf das Sozial-, Familien- und Schulbudget abgewälzt.

So wurden dieses Jahr die Schließung des Tröpferlbades in der Gabelsbergerstraße, die Schließung der Volksschulen Ries und Wieland sowie der Hauptschule Krones durchgesetzt. Im Februar wurde im Gemeinderat eine Kostenerhöhung in Form einheitlicher Essensbeiträge von 18 Euro – unabhängig vom Einkommen - für die Kindergärten, Kinderkrippen und Horte – beschlossen.

Und ab September diesen Jahres werden alle Eltern noch mit einer 12,5 %igen Beitragserhöhung für die Nachmittags- bzw. Ganztagesbetreuung an den Volks- und Hauptschulen konfrontiert. Zu dieser Erhöhung kommen noch extra die Kosten für das Essen und der monatliche Beitrag von 10 Euro für den Organisationsaufwand hinzu.

Jede Erhöhung für sich genommen mag auf den ersten Blick noch bewältigbar erscheinen. Die Summe der finanziellen Belastungen setzt aber die Familien immer mehr unter Druck.

ie KPÖ hat sich gegen diese Beschlüsse gestellt und wird auch weiterhin keinen Tariferhöhungen und Verschlechterungen im Sozialbereich zustimmen. "Während VP und SP unbeirrt am Defizitbringer Grazer Messe festhalten, sagen wir: Sozialpolitik statt Eventpolitik.

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten Graz

Montag bis Freitag von 9.30 bis 13.30 Uhr Do. 9.30 bis 17.00 Uhr Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag auf "einmalige Unterstützung"
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Wir helfen und beraten bei: Pensionsanträgen wie Alters-pension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
 - bei anderen Problemen

